Datenschutzinformationen

Nachfolgend möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der Schülerbeförderung Wiesbaden für die Antragstellung auf Übernahme notwendiger Beförderungskosten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte informieren.

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die:

Landeshauptstadt Wiesbaden – Der Magistrat
Amt: 40
Organisationseinheit: 400220 Schülerbeförderung
Anschrift: Schillerplatz 1-2, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-31-3616
E-Mail: schuelerbefoerderung@wiesbaden.de

II. Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden
Wilhelmstraße 32
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/31-3091
E-Mail: datenschutz@wiesbaden.de

III. Allgemeines zur Datenverarbeitung

1. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Rahmen der Schülerbeförderung erheben wir beim Prozess der Antragstellung auf Übernahme notwendiger Beförderungskosten personenbezogene Daten wie Name, Adresse, Geschlecht und Geburtsdatum der Schulkinder sowie die besuchte Schule und Jahrgangsstufe. Ebenfalls werden etwaige ärztliche Atteste zum Belegen der Schulwegunfähigkeit des Kindes gespeichert. Des Weiteren werden personenbezogene Daten des Antragstellers und die angegebene Bankverbindung gespeichert. Alle eingereichten Nachweise über den Kauf eines Fahrscheins werden ebenfalls jährlich im System abgelegt.
Diese Daten werden uns gemäß Art. 28 DS-GVO uns von unserem Auftragsverarbeiter, der Firma Mikroprojekt GmbH, aus dem Modul Sissy Online nach dem Abschließen & Versenden des Online-Antragsformulars über die Website www.wiesbaden.de übermittelt und in unserer

Sissy Datenbank gespeichert. Der Auftragsverarbeiter setzt für den Online-Antrag einen Unterauftragsverarbeiter ein, die Firma bol Behörden Online Systemhaus GmbH.
Alle Daten werden für die Prüfung der Kostenübernahme benötigt, um anschließend einen Bescheid zu erstellen und gegebenenfalls bereits eine Zahlung vorzumerken.

2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 e) DS-GVO in Verbindung mit § 83 Absatz 2 HSchG in Verbindung mit § 161 HSchG. Soweit Gesundheitsdaten verarbeitet werden in Verbindung mit Art. 9 Abs. 2 b) DS-GVO.

In bestimmten Fällen kann ein Datenabgleich mit ESWE-Verkehr sinnvoll sein. Dies ist etwa bei unvollständigen Kaufnachweisen der Fall, wenn die Laufzeit oder der zu zahlende Monatsbetrag nicht eindeutig draus hervorgehen. Eine Datenübermittlung an ESWE nehmen wir nur beim Vorliegen Ihrer Einwilligung vor gemäß Art. 6 Abs. UAbs. 1 a) DS-GVO, Art 7 DS-GVO (Weitergabe an andere Dienststellen der Stadtverwaltung, Schulen , ESWE-Verkehr).

3. Datenlöschung und Speicherdauer

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt, im Regelfall zehn Jahre nach Antragsstellung. Eine Speicherung kann jedoch darüber hinaus im Falle einer (drohenden) Rechtsstreitigkeit mit Ihnen oder eines sonstigen rechtlichen Verfahrens erfolgen oder wenn die Speicherung durch gesetzliche Vorschriften, denen wir als Verantwortlicher unterliegen vorgesehen ist.

4. Empfänger der Daten

In der Regel werden personenbezogene Daten, die Sie uns zu Ihrer Person mitteilen, nur durch den o.g. Verantwortlichen verarbeitet. Zur Erfüllung unserer Aufgaben und Pflichten kann es aber erforderlich sein, dass wir die zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten gegenüber natürlichen und juristischen Personen, Behörden, Einrichtungen oder anderen Stellen gegenüber offenlegen. In Betracht kommen dabei insbesondere folgende Kategorien von Empfängern:

- Firma Mikroprojekt als Auftragsverarbeiter
- Firma bol Behörden Online Systemhaus GmbH, die als Unterauftragsverarbeiter für die Erstellung des Onlineformulars und die Bereitstellung der SFTP-Server zur Ablage der ausgefüllten Online-Anträge zuständig ist.
- ESWE Verkehr im Fall einer Prüfung der eingereichten Kaufnachweise in Hinblick auf Richtigkeit und Aktualität der Daten
- Schulen zum Abgleich der Anwesenheit oder Unklarheiten im Antrag
- Andere Dienststellen der Stadtverwaltung wie das Kassen- und Steueramt, das Gesundheitsamt, das Amt für Soziale Arbeit oder das Tiefbau- und Vermessungsamt

5. Übermittlung der Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine Datenübermittlung an Stellen in Drittländern oder an internationale Organisationen findet nicht statt.

IV. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i. S. d. DS-GVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

1. Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft gem. Art. 15 DS-GVO über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Bitte beachten Sie, dass Ihr Auskunftsrecht durch die Vorschriften der §§ 24 Abs. 2, 25 Abs. 2, 26 Abs. 2 und 33 HDSIG eingeschränkt wird.

2. Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie nach Art. 16 DS-GVO eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

3. Recht auf Löschung

Sie können unter den Bedingungen des Art. 17 DS-GVO und des § 34 HDSIG die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben im Rahmen der Vorgaben des Art. 18 DS-GVO das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

5. Recht auf Widerspruch

Sie haben nach Art. 21 DS-GVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht immer nachkommen, z. B. wenn uns im Sinne von § 35 HDSIG im Rahmen unserer amtlichen Aufgabenerfüllung eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

6. Recht auf Widerruf der erteilten Einwilligung

Beruht die Datenverarbeitung auf Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Ubs. 1 a DS-GVO, Art. 9 Abs. 2 a DS-GVO), haben Sie das Recht, diese Einwilligung jederzeit für die Zukunft zu widerrufen. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung unberührt lässt, diese wird also durch den Widerruf nicht nachträglich rechtswidrig.

7. Recht auf Beschwerde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet haben, können Sie sich mit einer Beschwerde an die Datenschutzaufsichtsbehörde nach Art. 77 DS-GVO wenden.

Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:
Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Gustav-Stresemann-Ring 1
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611 1408-0
E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de